

Oberbürgermeister:

Oberbürgermeister Eberhard Menzel

Mitglieder SPD-Fraktion:

2. Bürgermeister Wilfrid Adam (*fehlte entschuldigt*)

Ausschussmitglied Ursula Aljets

Ausschussmitglied Holger Barkowsky

Ausschussmitglied Sabine Gastmann

Ausschussmitglied Siegfried Neumann

Ausschussmitglied Norbert Schmidt

Ratsmitglied Hans Gabriels (*ab 14:45h*)

Mitglieder CDU-Fraktion:

Ausschussvorsitzende Ursula Glaser

1. Bürgermeister Fritz Langen (*bis 15:50h*)

Stellv. Ausschussvorsitzender Bernhard Rech (*bis 14:20h*)

Ausschussmitglied Prof. Günter Reuter

Ausschussmitglied Heinz Weerda

Mitglieder FDP-Fraktion:

Ausschussmitglied Susanne Bauermeister

Ausschussmitglied Dr. Michael von Teichman

Ratsmitglied Horst Radmer

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ausschussmitglied Werner Biehl

Mitglied Gruppe BASU/Tholen:

Ausschussmitglied Joachim Tjaden

Mitglied LAW-Fraktion:

Ratsmitglied Johann Janssen

Rat der Gemeinde Wangerland:

beratendes Mitglied Klaus Lammers (*fehlte entschuldigt*)

Dezernenten:

Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek (*ab 14:35h*)
Stadtrat Dr. Jens Graul
Stadtkämmerer Heiko Hoff

Von der Verwaltung:

Sachbearbeiter Lars Stecker (13)
Sachbearbeiterin Claudia Wachenfeld (13)
Fachbereichsleiter Udo Weiß (14)
Fachbereichsleiter Jörg Valnion (20)
Sachbearbeiter Thomas Brandt (37)
Fachbereichsleiter Steffen Lutter (37)

Von den Eigenbetrieben:

Werksleiter Oliver Leinert (GGS)

Protokollführung:

Protokollführer Jörg Engesser (20)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 20.04.2009
- 4 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss: *keine*
- 5 Vorlagen an den Rat:
 - 5.1 Nachbewilligungen zum Haushalt 2009
 - 5.2 Jahresabschluss GGS 2007
 - 5.3 a) Entgeltvereinbarung Rettungsdienst mit den Kostenträgern
b) Entgeltordnung für den Rettungsdienst
 - 5.4 Vereinbarung mit dem Bischöflich Münsterschem Offizialat.
 - 5.5 Zusammenlegung der katholischen Grundschulen Ansgarschule und Elisabethschule zum Schuljahr 2010/11 im Schulgebäude Oldeoogestraße 4.
 - 5.6 Standort für das zukünftige städtische Gymnasium
- 6 Mitteilungen und Anfragen:
 - 6.1 Umsetzung Konjunkturprogramm II
 - 6.2 Sachstand Genehmigungsverfahren Haushalt 2009/2010
 - 6.3 Sachstand Haushaltsausführung
 - 6.4 Pflegestützpunkte
 - 6.5 Hertie

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, eröffnete die öffentliche Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, informierte darüber, dass der vorgesehene Tagesordnungspunkt 5.5 der öffentlichen Sitzung „Zusammenlegung der katholischen Grundschulen Ansgarschule und Elisabethschule zum Schuljahr 2010/11 im Schulgebäude Oldeoogestraße 4 (Vorl.-Nr. 94/2009)“ von der Verwaltung zurückgezogen worden sei.

Im Übrigen wurde die Tagesordnung wie vorgetragen festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 20.04.2009

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 20.04.2009 wurde einstimmig genehmigt.

4 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

-keine-

5 Vorlagen an den Rat

5.1 Nachbewilligungen zum Haushalt 2009

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Stadtkämmerer Hoff informierte, bei der lfd. Nummer 2 der Beschlussvorlage handele es sich um eine rechtliche Verpflichtung aus dem Krankenhausfinanzierungsgesetz. Diese Nachbewilligung sei somit notwendig. Bei den lfd. Nummern 1 und 3 handele es sich um Maßnahmen zum Konjunkturprogramm II. Die Nachbewilligungen seien erforderlich, um Förderanträge stellen zu können.

Die Frage von **Herrn Neumann**, ob es sich bei den vorgesehenen Nachbewilligungen im weitesten Sinne um wirtschafts- bzw. ansiedlungsfördernde Maßnahmen handele, wurde von **Herrn Hoff** bejaht.

Herr Dr. von Teichman stellte die Frage, aus welchem Grund eine Zuständigkeit der Kommunen hinsichtlich der Breitbandverkabelung gesehen wird. Aus seiner Sicht sei dies Aufgabe von Telekommunikationsunternehmen.

Erster Stadtrat Stoffers beantwortete die Frage dahin gehend, dass hier zwar grds. die Telekommunikationsunternehmen gefragt wären, diese sich jedoch ausschließlich um wirtschaftlich lohnende Gebiete kümmerten. Bestimmte Bereiche, insbesondere im ländlichen Bereich, seien aus diesem Grund nicht ausreichend versorgt. Das Land Niedersachsen beabsichtige daher, entsprechende Gebiete zu fördern. Notwendig hierfür seien jedoch im Vorfeld eine Bedarfsanalyse sowie die Feststellung eines sog. „Marktversagens“.

Oberbürgermeister Menzel ergänzte, der Markt regele nun einmal nicht alles von allein und in diesen Fälle sei es Aufgabe von Land und Kommunen, entsprechende Anschubfinanzierungen zu leisten, um den Bedürfnissen ansiedlungswilliger Unternehmen in allen Bereichen zu entsprechen. Für den Bereich Wilhelmshaven werden „weiße Flecken“ im Bereich des Stadtnordens sowie südlich des Hafens vermutet. Derzeit fände in diesem Zusammenhang eine Internetbefragung statt.

Herr Biehl bezweifelte im Bezug auf die Medienausstattung der Schulen den pädagogischen Nutzen dieser Maßnahmen und bat um konkrete Beispiele.

Herr Dr. Graul nannte als Beispiel die Bereitstellung weiterer PC-Poolräume sowie die Beschaffung sog. „Whiteboards“, welche heute immer mehr die herkömmliche Tafel ersetzen würden.

Auf die Frage von **Frau Bauermeister** nach der Vorgehensweise zur Verteilung der Mittel entgegnete **Herr Dr. Graul**, die Medienausstattung werde nach vorheriger Absprache mit den Schulen von der Stadt durch die städtische Datenverarbeitung (SDW) beschafft.

Anmerkung zu Protokoll: Herr Biehl bat darum die Begründung zur lfd. Nr. 3 der Beschlussvorlage wie folgt zu fassen: „Der Antrag für die Inanspruchnahme der Fördermittel muss bis zum 30.06.2009 gestellt werden. Sollten die beabsichtigten Investitionen nicht getätigt werden, würde die Stadt hinter den Standard des Landes bei der Medienausstattung zurückfallen.“. Die Mitglieder des Ausschusses erklärten sich hiermit einverstanden.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die vorgelegten Nachbewilligungen.

5.2 Jahresabschluss GGS 2007

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt- (bei Enthaltung Herr Tjaden)

1. Der Jahresabschluss des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven zum 31.12.2007 wird gemäß Abschlussprüfung der WIBERA Wirtschaftsberatung AG mit einem Jahresergebnis von 2.753.098,40 € festgestellt. In diesem Zusammenhang wird ebenfalls der Rechenschaftsbericht festgestellt.

Das Jahresergebnis des Wirtschaftsjahres 2007 ist wie folgt zu verwenden:

- a.Einstellung in die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses 1.764.016,19 €
- b.Einstellung in die Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses 331.175,09 €
- c.Abführung an den Haushalt der Stadt Wilhelmshaven (Eigenkapitalverzinsung) 657.907,12 €

2. Gemäß § 30 der Eigenbetriebsverordnung Nds. wird der Werksleitung Entlastung erteilt.

5.3 a) Entgeltvereinbarung Rettungsdienst mit den Kostenträgern
b) Entgeltordnung für den Rettungsdienst

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Dr. Graul erläuterte, auf Grund entstandener Gebührenüberdeckungen in den Vorjahren sei die Stadt nach Maßgabe des niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) zu deutlichen Gebührensenkungen verpflichtet. Diese Maßnahme sei bereits im Vorfeld einvernehmlich mit den Krankenkassen vereinbart.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

- a) Der Rat stimmt der Vereinbarung der Stadt Wilhelmshaven mit den gesetzlichen Krankenkassen und der gesetzlichen Unfallversicherung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst gemäß § 15 des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes (NRettDG) ab dem 01.07.2009 zu.
- b) Der Rat beschließt die Entgeltordnung für den Rettungsdienst der Stadt Wilhelmshaven in der Fassung vom 17.06.2009.

5.4 Vereinbarung mit dem Bischöflich Münsterschen Offizialat

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Neumann stellte die Frage, ob sich der Landkreis Friesland in Form von Schulbeiträgen an den Kosten für die Beschulung friesländischer Kinder auf katholischen Schulen in Wilhelmshaven beteilige, wurde von **Herrn Dr. Graul** zumindest für die Franziskusschule verneint.

Abschließend diskutierten **Frau Aljets** sowie die **Herren Biehl** und **Dr. von Teichman** die Frage, ob durch die Vereinbarung eine Gefährdung der anderen, nicht katholischen, Schulen entstünde.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat stimmt der Vereinbarung mit dem Bischöflich Münsterschen Offizialat zu.

5.5 Zusammenlegung der katholischen Grundschulen Ansgarschule und Elisabethschule zum Schuljahr 2010/11 im Schulgebäude Oldeogestraße 4.

-von der Verwaltung zurückgezogen-

Beschluss: -vertagt-

5.6 Standort für das zukünftige städtische Gymnasium

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Neumann stellte die Frage, welche Kosten bei einem gleichwertigen Neubau entstehen würden. **Herr Dr. Graul** entgegnete, ein vergleichbarer Referenzbau habe vor 3 Jahren Kosten in Höhe von ca. 25 Mio. Euro verursacht. Für die notwendigen Maßnahmen am Gymnasium am Mühlenweg (GaM) seien nun 15,6 Mio. Euro vorgesehen.

Herr Biehl erklärte, bei einem Neubau stünde das GaM genauso leer wie bei einer Zusammenlegung der Gymnasien am Standort Käthe-Kollwitz-Gymnasium. Eine sinnvolle Nachnutzung der Bauten am Standort GaM sei nicht nur unter Denkmalschutzgründen schwer zu realisieren. Er plädiere daher für den Standort GaM für das zukünftige städtische Gymnasium.

Herr Prof. Reuter erinnerte daran, dass ein Sachverständigengutachten vorläge, welches ausdrücklich aussage, dass ein hochwertig und qualitativ guter Unterricht an beiden Standorten möglich sei. Aus diesem Grund stimme er den Ausführungen von Herrn Biehl zu und sprach sich ebenfalls für den Standort am GaM aus.

Herr Schmidt wies darauf hin, der Rat der Stadt habe eine Zentralisierung der Gymnasien seit Jahren angestrebt und bezeichnete die vorliegende Planung als sehr gut.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt als Standort für das zukünftige städtische Gymnasium den Bereich zwischen Mühlenweg, Freiligrathstraße und Schellingstraße.

6 Mitteilungen und Anfragen

6.1 Umsetzung Konjunkturprogramm II

Werksleiter Leinert informierte zum Stand der Umsetzung des Konjunkturprogramms II. Hiernach sei die Vergabe hinsichtlich der BBS Friedenstraße und der Stadtbücherei noch vor den Sommerferien vorgesehen, die für die Schule Nogatstraße innerhalb der Sommerferien und die für die Wasserturmschule für direkt nach den Sommerferien. Hinsichtlich des Neubaus Feuerwehr Mozartstraße sei nun die Aktualisierung der Planung beauftragt worden, der Beginn der Tiefgründung sei für ca. September 2009 vorgesehen. Weitere Projekte aus den Förderschwerpunkten seien zum jetzigen Zeitpunkt seitens des Landes noch nicht bewilligt.

Herr Prof. Reuter bezweifelte die Wirtschaftlichkeit der vorgesehenen energetischen Sanierungen. Aus seiner Sicht sei diese nach gängigen finanzmathematischen Wirtschaftlichkeitsberechnungen nicht gegeben.

Herr Leinert entgegnete, eine solche Berechnung könne am Beispiel IGS nachvollzogen werden. Eine Amortisierung, und somit Wirtschaftlichkeit, der vorgesehenen energetischen Sanierungen ergäbe sich nach ca. 15 bis 20 Jahren, unter der Voraussetzung der Einbeziehung einer ca. 10%igen Steigerung der Energiekosten sowie der resultierenden niedrigeren Aufwendungen für Wartung und Pflege.

6.2 Sachstand Genehmigungsverfahren Haushalt 2009/2010

Stadtkämmerer Hoff informierte, das Niedersächsische Ministerium für Inneres, Sport und Integration habe als zuständige Kommunalaufsichtsbehörde mit Verfügung vom 29. Mai 2009 die Haushaltssatzung bezüglich des Jahres 2009 uneingeschränkt genehmigt. Die Kreditermächtigung für das Jahr 2010 wurde mit der aufschiebenden Bedingung verknüpft, dass die Kredite erst in Anspruch genommen werden dürfen, wenn die Stadt das aktuelle Haushaltssicherungskonzept (HSK) durch konkrete Einzelbeschlüsse umgesetzt habe. Ferner wurde für 2010 die Liquiditätskreditlinie auf 32 Mio. Euro begrenzt, statt beantragter 36 Mio. Euro. (*Genehmigungsverfügung siehe Anlage 1*). Die erforderliche Konkretisierung der mit dem Haushalt beschlossenen Prüfaufträge werde die Verwaltung im Herbst im Rat vortragen.

Ferner gab **Herr Hoff** die Ergebnisse der regionalisierten Steuerschätzung (Stand Mai 2009) bekannt. Hiernach käme es gegenüber der Haushaltsplanung zu folgenden Minder-/Mehrerträgen:

2009	- 3 Mio. €
2010	- 8 Mio. €
2011	+ 1 Mio. €
<u>2012</u>	<u>+ 3 Mio. €</u>
Gesamt	- 7 Mio. € im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung

Als weiteres Problem sei eine höhere Verlustzuweisung, als im Haushalt vorgesehen, an ein städtisches Tochterunternehmen erforderlich.

Aus den genannten Gründen sei eine weiterhin restriktive Bewirtschaftung des Haushalts notwendig. Eine uneingeschränkte Freigabe des Haushalts (mit Ausnahme der vorgesehenen Investitionen) erscheine ihm zumindest gegenwärtig für das Jahr 2009 nicht möglich.

*An der anschließenden Diskussion zum notwendigen HSK beteiligten sich **Frau Aljets** sowie die **Herren Neumann, Dr. von Teichman, Prof. Reuter, Schmidt, Langen und Menzel**.*

6.3 Sachstand Haushaltsausführung

Stadtkämmerer Hoff erläuterte anhand einer Tischvorlage den aktuellen Stand der Haushaltsausführung 2009 sowie des Investitionsprogramms (*siehe Anlagen 2 u. 3*).

6.4 Pflegestützpunkte

Frau Aljets erinnerte an das Bundesgesetz zur Errichtung von Pflegestützpunkten und formulierte die Frage, wann damit für den Bereich Wilhelmshaven / Friesland zu rechnen sei.

Erster Stadtrat Stoffers entgegnete, die Pflegestützpunkte seien in der zwischen dem Land Niedersachsen und den Sozialversicherungsträgern geschlossenen Rahmenvereinbarung als „freiwillige Leistung“ gekennzeichnet. Aus Sicht der Verwaltung sei daher aufgrund der aktuellen Haushaltslage die Errichtung von Pflegestützpunkten nicht finanzierbar. **Frau Aljets** stellte dar, aus Sicht des Bundesgesetzes handele es sich keineswegs um eine freiwillige, sondern um eine Pflichtaufgabe.

Herr Dr. von Teichman bezweifelte die Sinnhaftigkeit der Errichtung von Pflegestützpunkten und erinnerte darüber hinaus an das Konnexitätsprinzip, nachdem hier der Bund den Kommunen auch die nötigen Finanzmittel zur Verfügung stellen müsse, wenn sie ein solches Gesetz erlassen.

6.5 Hertie

Oberbürgermeister Menzel informierte den Ausschuss darüber, dass für den 18.6.2009 von 12 Uhr bis 13 Uhr eine gemeinsame Aktion an den verbliebenen 54 Standorten des Kaufhauses „Hertie“ vorgesehen sei. Die Aktion stünde unter dem Motto „Ich will arbeiten!“. Die politischen Parteien werden gebeten, die Aktion durch persönliche Teilnahme zu unterstützen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 16:25 Uhr

Hoff
Stadtkämmerer

Glaser
Vorsitzende

Engesser
Protokollführer